



Liebe Freundinnen und Freunde!

Drei intensive Plenartage gehen in den Endspurt. Eine Vielzahl an wichtigen Gesetzesinitiativen, die ich Euch nachfolgend näherbringen möchte, haben dieser Tage den Nationalrat passiert.

Sondergesetz zur Hypo Alpe Adria

Unter Abwägung aller vorgebrachten möglichen Risiken, Schwierigkeiten und Einwände sowie in Übereinstimmung mit dem Koalitionspartner ist dieses Sondergesetz, womit die Regierung eine Insolvenz des Landes Kärnten mit unkalkulierbarem Risiko verhindert hat, nun beschlossen. Die Beteiligung der Finanzbranche an den Kosten der Hypo Alpe Adria ist für die Politik ein wichtiger Schritt, um nicht ausschließlich den Steuerzahler in die Pflicht zu nehmen, sondern vor allem auch die Banken und Gläubiger.

Die Kärntner Problembank wird in eine Gesellschaft übergeführt, die das Vermögen der Bank geordnet abbauend verwaltet. Angesiedelt ist diese unter einer Holding im Finanzministerium. In der Hypo SEE Holding wird das Balkan-Netzwerk gebündelt, das laut EU-Vorgaben bis Mitte 2015 verkauft sein muss. Damit kommt es zu einer "gesetzlich geordneten Insolvenz" ohne ein Bundesland in eine "normale Insolvenz" mit völlig offenen Folgen schicken zu müssen.

Nachranggläubiger mit Kärntner Landeshaftung werden einem Kapitalschnitt unterzogen. Neben diesen werden auch die Alteigentümer BayernLB, Land Kärnten, dessen Landesholding und GraWe einen Beitrag leisten müssen.

Novelle zum Bundesbehindertengesetz

Ein ganzes Paket an wichtigen Maßnahmen wurde in der Novelle zum BBG beschlossen. Um nur ein paar zu nennen:

Der **Behindertenpass** hat künftig Bescheidcharakter, was Beschwerden behinderter Menschen gegen die Einschätzung ihres Behindertengrades erleichtert.

Eine neue zentrale Kontaktdatenbank beim Sozialministeriumservice, in der unter anderem Menschen mit Behinderung, DienstgeberInnen und Betreuungskräfte im Rahmen der **24-Stunden-Betreuung** erfasst werden, soll wesentliche Vereinfachungen



Parlamentssanierung einstimmig beschlossen

Der 6-Parteien-Antrag ist ein starkes Zeichen überparteilicher Verantwortung nicht nur gegenüber einem baulichen Juwel, sondern

bringen.

Es wurde rechtlich sichergestellt, wonach für Menschen mit Behinderung, die bei **Arbeitsversuchen** am offenen Arbeitsmarkt gescheitert sind, der **Anspruch auf erhöhte Familienbeihilfe und Waisenpension wieder aufleben**. Diese Regelung soll dazu beitragen, Menschen mit Behinderung zu ermutigen, einen Arbeitsversuch zu unternehmen, ohne die Angst haben zu müssen, bei einem möglichen Scheitern finanzielle Nachteile zu erleiden.

insbesondere gegenüber dem Symbol der parlamentarischen Demokratie in Österreich. Das Gesetz beinhaltet die Herstellung eines gesetzeskonformen Gebäudezustandes, die Behebung aller Schäden und Mängel sowie die sofortige Umsetzung von Verbesserungen im Betrieb, den Abläufen und den Funktionen des Gebäudes.

Die Kostenobergrenze liegt bei 352,2 Mio. Euro, als Baustart wird 2017/2018 angepeilt.

Elektrizitätsabgabegesetz

Für Ökostrom-Selbstverbraucher wird ein **Freibetrag** von 25.000 kWh pro Jahr eingeführt, was einer weitgehenden Befreiung nachhaltiger Stromerzeuger von der Elektrizitätsabgabepflicht gleichkommt.

Eine vollständige Befreiung scheiterte leider am Veto der SPÖ.

Führerscheingesetz

Für Lenkerinnen und Lenker von **Schülertransporten** gilt künftig eine Promillegrenze von 0,1 (statt bisher 0,5). Gleichzeitig wurde ermöglicht, dass nun auch **Taxiunternehmen** Schülerbeförderungen durchführen dürfen. Und für alle, die Bundesheer und Führerschein zeitnah hintereinander machen: Wer innerhalb von 18 Monaten nach der **Stellung** seinen Führerschein macht, erspart sich die **Führerscheinuntersuchung**.

Flexible Kinderbetreuung

Neben der Erhöhung der Familienbeihilfe ab 1. Juli gibt es nun auch grünes Licht für die größte **Ausbauoffensive in der Kinderbetreuung**. Der Bund stellt 305 Mio.€ zur Verfügung, das die Länder mittels Ko-Finanzierung abholen können. Der **Schwerpunkt** liegt bei der Betreuung der **Null- bis Dreijährigen**, 30.000 neue Betreuungsplätze sollen in den nächsten vier Jahren geschaffen werden. Damit wird ein wichtiger Schritt in Richtung besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesetzt und die Wahlfreiheit für Familien verbessert.

Meine Plenarrede zum Ausbau der **KINDERBETREUUNG**

(anklicken)

Im Bild mit meinen Kolleginnen und Kollegen des Familienausschusses



Mikroplastik

Die zunehmende Verwendung von Mikrokunststoffteilchen z.B. in Kosmetika bereitet Anlass zur Sorge. Generell wird die Verwendung von Plastik ein immer größeres Problem. An der Oberfläche dieser kleinsten Mikroplastikteilchen können sich Schadstoffe anreichern und gegebenenfalls eine erhöhte Schadstoffaufnahme in Gewässerorganismen verursachen. Auch im Plastik enthaltene Weichmacher können bei Aufnahme im Organismus zu einer Schadstoffbelastung

Ein Zeichen gegen Sklaverei und Menschenhandel

Erst kürzlich gingen tragische Berichte über die unwürdigen Zustände des Garnelenhandels in Thailand durch die Medien. Genauso erschütternd waren und sind die tödlichen Gruppenvergewaltigungen indischer Mädchen und Frauen oder die Entführung der Schulmädchen in Nigeria durch die radikal-islamistische Gruppe Boko-Haram. Menschenhandel entwickelt sich leider immer mehr zu einer gewinnbringenden Form des

beitragen.

Über das Ausmaß dieser Belastung gibt es jedoch noch kaum Untersuchungsergebnisse. Daher wurden nun über die EU-Initiative "Oceans for Tomorrow" Forschungen angeregt, die sich ganz besonders damit auseinandersetzen, wie die Umwelt und vor allem auch die Weltmeere vor Ladungen an Plastikabfällen geschützt werden können.

Der beste Schutz ist jedenfalls immer die Vermeidung von Plastik! Ein paar ganz einfache Veränderungen im Haushalt und in täglichen Gewohnheiten machen schon viel aus.

Verbrechens, wobei Österreich als Transit- und Zielland ganz besonders betroffen ist. Im Kampf gegen den Menschenhandel kommt der globalen und internationalen Zusammenarbeit besondere Bedeutung zu.

Vor diesem Hintergrund setzte der Nationalrat erneut ein eindeutiges Zeichen gegen Sklaverei und Menschenhandel, was zu den schwerwiegendsten Verletzungen der Menschenwürde und Menschenrechte zählt. Weltweit sind rund 21 Millionen Menschen zu Zwangsarbeit gezwungen, darunter ca. 5,5 Millionen Kinder.

Was den Garnelenmarkt betrifft, so sollte jeder gut nachdenken, wie es denn sein kann, dass Meeresfrüchte teils spottbillig zu haben sind. **Als Konsument/in ist jede/r einzelne mitverantwortlich!**

Das erste intensive und herausfordernde, aber auch sehr produktive und bereichernde Parlamentsjahr nach der Nationalratswahl neigt sich dem Ende zu. Wir begeben uns nun in die sitzungsfreie Zeit, die wir für etwas Erholung nutzen werden. Es gibt mir aber auch die Möglichkeit, mehr im Bundesland unterwegs zu sein, da in Wien keine Sitzungen stattfinden.



Ich wünsche Euch allen einen genussvollen und erholsamen Sommer!

Eure Claudia Durchschlag

Feedback

Ich freue mich auf Eure Rückmeldungen, Anregungen, Ideen.... Danke!

Kontakt

Mag. Evelyn Pammer
Parlamentarische Mitarbeiterin
01-40110-4647
evelyn.pammer@parlament.gv.at